ECONWATCH
GESELLSCHAFT FÜR POLITIKANALYSE e.V.

POLICY BRIEF 5 26

Oktober 2026

www.econwatch.org
info@econwatch.org

Politikberatung und -kommunikation

Auf positive Narrative setzen!

Susanne Cassel, Tobias Kohlstruck

Wirtschaftliche Entwicklungen, Wahrnehmungen und wirtschaftspolitische Entscheidungen werden nicht allein durch ökonomische Fakten bestimmt, sondern maßgeblich auch durch die Narrative, mit denen sie öffentlich vermittelt werden. Erzählungen über Inflation, Staatsverschuldung, soziale Sicherung oder die grüne Transformation prägen Erwartungen von Haushalten, Unternehmen und Märkten und bestimmen maßgeblich, wie sie über Wirtschaftspolitik denken. Sie beeinflussen ihre Entscheidungen sowie die Akzeptanz, Glaubwürdigkeit und damit die Wirksamkeit wirtschaftspolitischer Maßnahmen. Die systematische Untersuchung, wie sich Narrative verbreiten und wirtschaftliches Verhalten beeinflussen, hat sich in den letzten zehn Jahren zu einem wachsenden Forschungsfeld in der Ökonomie entwickelt.

Narrative erleichtern es Menschen, sich in der komplexen Realität zu orientieren, indem sie Wirklichkeitsausschnitte in möglichst einfachen und plausiblen Ursache-Wirkungszusammenhängen anschaulich darstellen und Probleme auf ihren Kern reduzieren. Narrative wie „Globalisierung vernichtet Arbeitsplätze“ oder „Die Armen werden ärmer, die Reichen werden reicher“ bieten zwar scheinbar einfache Erklärungen in einer komplizierten, unsicheren Welt. Sie verengen jedoch die Perspektive, so dass möglicherweise relevante Aspekte aus der Betrachtung ausgeschlossen werden. Die kognitive Kraft von Narrativen führt dazu, dass auch falsche oder mit negativ konnotierten Begriffen verbundene Narrative große Überzeugungskraft gewinnen und sich auf Entscheidungen der Menschen auswirken. So kann die Bezeichnung „Casino-Rente“ für die von der Bundesregierung jüngst beschlossene Aktienrente dazu führen, dass Menschen dem Instrument ablehnend gegenüberstehen und die von ihm erhofften Effekte – eine Stärkung der finanziellen Situation der Rentenversicherung – nicht im gewünschten Umfang eintreten.

In der schnelllebigen Medienwelt knapper Aufmerksamkeit und emotionaler Zuspitzung haben Narrative einen Vorteil gegenüber komplexen, abwägenden Erklärungen. Die starke Vereinfachung und Zuspitzung verstärkt jedoch bestehende Tendenzen wie Status-quo-Bias, also die Vorliebe, am bestehenden Zustand festzuhalten, auch wenn Veränderung vorteilhaft wäre, Verlustaversion und Nullsummendenken, so dass differenzierte ökonomische Argumente kaum durchdringen können. Verstärkt wird dies in der aktuellen politischen Situation dadurch, dass Polarisierung und populistische Vereinfachung den öffentlichen Diskurs prägen. Indirekte Effekte von Politikmaßnahmen und Zielkonflikte werden nicht mehr kommuniziert und den Wählerinnen und Wählern wird suggeriert, dass trotz der veränderten geoökonomischen und demografischen Lage der Status quo ohne Veränderung beibehalten werden könne. Zudem liegt der Fokus der Medien oft stärker auf politics als auf policy, da Geschichten über Parteienstreitigkeiten, einzelne politische Entscheidungsträger etc. medial attraktiver erscheinen als die Erläuterung komplizierter Reformvorhaben. All dies erschwert die politische Kompromissfindung und Abwägung der Vor- und Nachteile von Maßnahmen. Politik droht dadurch zunehmend handlungsunfähig zu werden.

„Um dem durch Narrative beförderten Schwarz-Weiß-Denken entgegenzutreten, sollte die ökonomische Bildung in der Bevölkerung verbessert werden“, fordert Sarah Necker. Bei der Vermittlung ökonomischer Zusammenhänge sollte zudem stärker berücksichtigt werden, dass ökonomische Laien oftmals bei ihrer Bewertung politischer Maßnahmen andere Schwerpunkte setzen als Ökonomen. Während sich Ökonomen vorrangig an Kriterien wie Effizienz, Gesamtwohlfahrt und Wachstum orientieren, stehen für ökonomische Laien meist Gerechtigkeits- und Fairnesserwägungen im Vordergrund. „Utilitarismus ist in Deutschland nicht beliebt, Gleichheit dagegen sehr. Dies führt dazu, dass die Bevölkerung wirtschaftspolitische Maßnahmen systematisch anders beurteilt als Ökonomen“, diagnostiziert Dominik Enste. Hinzu kommt, dass in der öffentlichen Berichterstattung stark persönliche Schicksale und negativ Betroffene dargestellt werden, da sich dies im Wettbewerb um Aufmerksamkeit besser durchsetzt. Potentielle Gewinner wirtschaftspolitischer Maßnahmen sind dagegen oftmals (noch) nicht identifizierbar und haben weniger Nachrichtenwert, so dass sie in der Berichterstattung kaum Beachtung finden.

„Journalisten befinden sich in einem Zwiespalt, da sie für Aufmerksamkeit sorgen und auf Missstände hinweisen müssen, gleichzeitig aber komplexe Zusammenhänge darstellen sollen“, erläutert Henrik Müller.

Narrativ-Produzenten, wie Journalisten, Politikern und Ökonomen kommt eine große Verantwortung zu, Narrative auf Fakten zu basieren und die postulierten Zusammenhänge kritisch zu hinterfragen. Ökonomen sollten dabei deutlich machen, auf welchen Annahmen und normativen Grundlagen ihre Forschung basiert und wo ihre Grenzen liegen. Sie sollten versuchen, die komplexen Zusammenhänge und indirekten Effekte von Maßnahmen durch eingängige Narrative zu verdeutlichen wie beispielsweise „Mietpreisregulierung löst keine Knappheit, sondern verschärft sie“. Zudem sollten sie stärker darüber nachdenken, wie ihre Aussagen in der breiten Öffentlichkeit ankommen. Dazu gehört auch, Gerechtigkeitsaspekte stärker zu adressieren. „Für die Wirkung politischer Maßnahmen ist es wichtig, die Menschen emotional abzuholen und gut zu kommunizieren. Narrative sind zwar kein Ersatz für ökonomische Bildung, sie können aber die Vermittlung wirtschaftspolitischer Maßnahmen verbessern“, so Markus Dertwinkel-Kalt. Allerdings sind die meisten Ökonomen nicht in politischer Kommunikation geschult, so dass dies für viele eine Herausforderung bleibt.

Um dem Status quo-Bias und der Verlustaversion entgegenzutreten, ist es wichtig, positive Narrative und eine Zukunftsstrategie zu vermitteln. Der Fokus sollte vom befürchteten Verlust hin zu künftigen Chancen verschoben werden. Die verständliche Kommunikation des Nutzens von Reformen und der Kosten des Nichthandelns kann Widerstände verringern und die öffentliche Akzeptanz erhöhen.

Helfen Sie mit!
Um den ECONWATCH-Policy Brief anbieten zu können, in dem Sie verständliche und wissenschaftlich fundierte Informationen über wirtschaftspolitische Zusammenhänge und Reformmöglichkeiten erhalten, ist ECONWATCH als gemeinnützige und unabhängige Organisation auf Mitgliedsbeiträge und Spenden angewiesen. Informationen hierzu erhalten Sie auf:
www.econwatch.org

Dieser Policy Brief entstand auf Grundlage des ECONWATCH-Panels „Die Macht der Narrative: Wie Geschichten Erwartungen und Wirtschaftspolitik prägen“ im Rahmen der Jahrestagung 2026 des Vereins für Socialpolitik mit Prof. Dr. Markus Dertwinkel-Kalt (Universität Münster), Prof. Dr. Dominik H. Enste (Institut der deutschen Wirtschaft Köln), Prof. Dr. Henrik Müller (TU Dortmund) und Prof. Dr. Sarah Necker (ifo Zentrum für Soziale Marktwirtschaft und Institutionenökonomik) Moderation: Dr. Patrick Bernau (Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung).

Impressum
ECONWATCH
Gesellschaft für Politikanalyse e.V.
Rykestr. 40
10405 Berlin